

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.716.878

Wien, 24.11.2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 12599 /J des Abgeordneten Kainz betreffend Heizkosten und Heizungsart im BMSGPK** wie folgt:

Fragen 1 und 4:

- *Wie hoch waren die Heizkosten in Ihrem Ressort in den Jahren 2020, 2021 und 2022 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage? (Bitte um Aufschlüsselung pro Monat!)*
- *Wie viele und welche Liegenschaften gehören derzeit in den Zuständigkeitsbereich Ihres Ressorts?*

Standort Stubenring 1, 1010 Wien:

2020: € 30.292,30,--

2021: € 39.055,85,--

Standort Radetzkystraße 2, 1030 Wien:

2020: € 43.625,--

2021: € 39.233,--

Für das Jahr 2022 liegen noch keine Abrechnungen vor.

Fragen 2 und 5:

- *Mittels welcher Heizungsart wird in Ihrem Ressort derzeit geheizt?*
- *Mit welcher Heizungsart werden diese Liegenschaften jeweils beheizt? (Bitte um konkrete Auflistung pro Liegenschaft!)*

Beide Standorte werden mit Fernwärme beheizt.

Fragen 3 und 6:

- *Planen Sie einen Umstieg auf eine andere Heizungsart?*
 - a.) *Falls ja, welche Heizungsart soll künftig verwendet werden?*
 - b.) *Falls ja, wie hoch sind die voraussichtlichen Kosten für den Umbau?*
 - c.) *Falls nein, warum nicht?*
- *Bei welchen Liegenschaften ist ein Umstieg auf eine andere Heizungsart geplant? (Bitte auch um Angabe, in welchem Zeitplan dies erfolgen soll, welche Heizungsart künftig gewählt wird sowie mit welchen Kosten voraussichtlich zu rechnen ist!)*

Die Zentralstelle des BMSGPK nutzt am Standort Stubenring 1 einen Flächenanteil von 23,18 %. Das Regierungsgebäude ist ein denkmalgeschütztes, seitens der Burghauptmannschaft Österreich bewirtschaftetes Haus. Bis dato wurde das BMSGPK über kein derartiges Vorhaben informiert.

Weiters befinden sich zwei Sektionen der Zentralstelle am Standort Radetzkystraße 2, 1030 Wien. Die angemietete Fläche des BMSGPK in diesem Gebäude der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) beträgt 16 %. Eine seitens der BIG in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie soll bis Anfang 2023 vorliegen und eine endgültige Entscheidung über eine Generalsanierung des Hauses – und somit eine mögliche Änderung der Beheizung des Gebäudes - bringen.

Frage 7: *Wie viele und welche anderen Räumlichkeiten hat Ihr Ressort derzeit angemietet und wie werden diese jeweils beheizt? (Bitte um konkrete*

Das BMSGPK hat in der Hinteren Zollamtsstraße 1, 1030 Wien, 1.168 m² angemietet, die mit Fernwärme beheizt werden.

Frage 8: *Auflistung pro Liegenschaft!) Planen Sie bezüglich der angemieteten Liegenschaften mit den Vermietern in*

Bezug auf eine Änderung der Heizungsart in Kontakt zu treten?

a.) Falls ja, was ist konkret geplant?

Angesichts der kurzen Mietdauer ist keine Änderung der Heizungsart geplant.

Fragen 9 und 10:

- *Ist seitens der Regierung geplant, so wie auch in Frankreich für diesen Winter eine Maximaltemperatur für öffentliche Gebäude festzulegen?*
 - a.) Falls ja, was ist konkret geplant und wie hoch soll die vorgegebene Temperatur sein?*
 - b.) Falls ja, welche Maßnahmen sollen dann gesetzt werden, damit Angestellte in den öffentlichen Gebäuden während ihrer Arbeit nicht frieren?*
- *Wie soll der Einsparungserfolg künftig kontrolliert werden?*
 - a.) Planen Sie hier die Einrichtung einer Stelle zur Kontrolle und falls ja, wie genau soll dies aussehen?*
 - b.) Welche Konsequenzen drohen, sollte es keinen Einsparungserfolg geben?*
 - c.) Falls keine Kontrolle geplant ist, wie soll der Einsparungserfolg dann überhaupt festgestellt werden?*

Der Bund als größter Immobilieneigentümer und -nutzer Österreichs hat auch im Bereich des Energieeinsparens eine Vorbildwirkung wahrzunehmen. Zu diesem Zwecke wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Umsetzung der ökologischen Betriebsführung an den Bundesstellen mit Start August 2022 bestellt.

Neben der Erarbeitung von Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs arbeitet die Arbeitsgruppe auch am Aufbau eines zentralen Energieverbrauchsmonitorings bzw. an einer ökologischen Betriebsführung der vom Bund genutzten Gebäude sowie am Aufbau eines gemeinsamen Bundesenergieberichtes unter Einbezug der Energieberater:innen des Bundes sowie der Hauseigentümer:innen und Verwaltungen.

Eine Maßnahme ist natürlich die Reduktion der Raumtemperatur. Laut Aufzeichnungen beträgt die durchschnittliche Raumtemperatur in den Bundesdienststellen ca. 22 °C. Dementsprechend besteht hier das Ziel der Bundesdienststellen, die Raumtemperatur zu senken. Denn schon die Reduktion auf 20°C ergibt eine Einsparung von ca. 15% an

thermischer Energie. In Österreich sind bereits die 19 °C in öffentlichen Gebäuden (Arbeitsräumen) gemäß B-AStV und B-BSG zulässig.

Die Umsetzung davon wird aufgrund der unterschiedlichen Bausubstanzen/Gebäude-technik und dessen Anforderungen gemeinsam mit der Gebäudeverwaltung und den Ressorts auf Machbarkeit überprüft und realisiert.

Die Einsparungserfolge werden im Wesentlichen über die jeweiligen Gebäude-verwaltungen – im Fall des BMSGPK sind das die BHÖ und die BIG – festgehalten. Hierzu gibt es einen Auftrag einer interministeriellen Arbeitsgruppe (geleitet vom BMK) an die Gebäudeverwaltungen aller großen Bundesdienststellen, eine sogenannte „Energiebuchhaltung“ bzw. ein Energiemonitoring zu etablieren.

Da bislang kein Ministerratsvortrag bzw. gesetzliche Vorgaben über verpflichtende Maßnahmen bestehen, gibt es derzeit keine Konsequenzen.

Der Einsparungserfolg wird über die Energiebuchhaltung und die Teilnahme an den Energiemonitoring-Sitzungen festgestellt.

Fragen 11 und 12:

- *Welche Maßnahmen wurden in Ihrem Ressort bis dato ergriffen, um so viel Energie wie möglich zu sparen?*
- *Welche weiteren Maßnahmen sind für Ihr Ressort geplant, um so viel Energie wie möglich zu sparen und die Heizkosten diesen Winter gering zu halten?*

Hierzu verweise ich auf die Beantwortung der Anfrage Nr. 11940/J betreffend ministeriumsinterne Maßnahmen für den Klimaschutz.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

